

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 15.

Charlottenburg, Freitag, den 15. April 1921.

48. Jahrg.

## Bittere Lehren.

Wieder einmal haben die Kommunisten mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit der deutschen Arbeiterschaft gezeigt, worin der Unterschied besteht zwischen ihrer Art und Taktik des „Klassenkampfes“ und denen, die von den Kommunisten nicht anders als „Arbeiterverräter“ und „Goldknechte des Kapitals“ bezeichnet werden.

Es sind mehr als bittere Lehren, die die Arbeiterschaft aus diesem blutigen Kapitel zu ziehen hat. Berge von Arbeiterleichen, von Verstümmelten liegen als die Opfer der kommunistischen Klassenkampftheorie auf der Straße. Das bedauerlichste dabei ist, daß diese Opfer nicht nur vollkommen zwecklos und nutzlos hingerichtet wurden, daß noch ungeheure Opfer an Freiheit, Lebens- und Familienglied ebenso nutzlos gebracht werden müssen, wenn die Justiz anfangen wird, die Rechnungen zu präsentieren, sondern daß den wütendsten Gegnern der Arbeiterklasse direkt in die Hände gearbeitet wurde. Die Reaktionen aller Schattierungen können sich übermüht die Hände reiben ob dieses Osteriezes, das ihnen von den kommunistischen Butschisten beschert worden ist.

Dieses Mal können die Butschpolitiker nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie durch irgendein Vorkommnis von der Gegenseite provoziert worden wären. Bereits am 8. März hat der bekannte Dr. Kurt Geber in einer Sitzung der kommunistischen Exekutive in Moskau erklärt, daß in Deutschland der Zusammenstoß jeden Augenblick erfolgen werde. Am 8. März regte sich bei uns in der Öffentlichkeit noch kein Lüftchen. Freilich konnte vermutet werden, daß irgendeine Aktion geplant war. Das Verschwinden von Lebh, Däumig, Zetkin usw. aus der Leitung der K. P. D. ließ darauf schließen, daß etwas im Gange war, dessen Ausführung robusteren Naturen überlassen werden mußte als den Lebh und Genossen. Nach den Erfahrungen der blutigen Ostern können nur noch politische Skindköpfe glauben, daß letztere wegen der „italienischen Frage“ und nicht wegen etwas anderem den Auspaß von Moskau zugestellt erhielten. Zu jener Zeit, als die „italienische Frage“ austauchte, war die russische Sowjetregierung in arger Bedrängnis. Die Gegenrevolution klopfte vornehmlich an die Tore der russischen Sowjetherrschaft. Es will uns durchaus plausibel erscheinen, wenn wir annehmen, daß die russischen Gewalthaber geglaubt haben, die kommunistische Bewegung in Deutschland sei stark genug und genügend vorbereitet, um die Räterepublik und die Diktatur des Proletariats in Deutschland installieren zu können. Daß die verhältnismäßig geringe Zahl übergeschnappter Konfusionsräte alles andere, nur keine Räterepublik in Deutschland zustande bringen kann, wird den Moskauer Größen nun wohl auch einleuchten müssen.

Soweit wir informiert sind, haben sich auch an einigen Orten Mitglieder unseres Verbandes bereitfinden lassen, an dem kommunistischen „Generalstreik“ teilzunehmen. Daß sie auf eigenes Risiko handelten, war ihnen wohl auch vorher bewußt. Wir bedauern jeden einzelnen Kollegen, der sich von dem kommunistischen Phrasenschwall blenden ließ, sich den Butschpolitikern anschloß und Schaden erlitt, ohne jemandem einen Nutzen zu stiften. Unsere Kollegen, die seinerzeit von der Verbandsleitung verlangten, sich den 5 Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter anzuschließen, die weiter verlangten, auf den sogenannten „Offenen Brief“ der K. P. D. anzubeißen, sollten heute besser als damals verstehen, warum ihrem Verlangen nicht entsprochen werden konnte. Für jeden, der sich von den heuchlerischen Phrasen der K. P. D. nicht blenden läßt, war es schon damals klar, zu welchem Zwecke und in wessen besonderem Auftrage die Stuttgarter Forderungen erhoben, der

Kummel mit dem „Offenen Brief“ inszeniert wurde. Nachdem die Gewerkschaftsleitungen und die Parteileitungen der K. P. D. und U. S. P. D. auf diesen Schwindel nicht hineinsielen, erklärten die an den Moskauer Drähten zappelnden kommunistischen Parteiführer stolz, daß sie nunmehr „den Kampf allein aufnehmen werden“. Welcher Art Kampf darunter zu verstehen war, haben die hinter uns liegenden blutigen Märztage erwiesen. Die Gewerkschaften sind zu dem Zwecke vorhanden, die wirtschaftlichen Interessen aller Berufsangehörigen zu wahren, aber nicht, um die Geschäfte politischer Abenteuerer in Rußland und der von ihnen ausgehaltenen Gefinnungsabwandten in Deutschland zu besorgen. Daß die Gewerkschaften auch vor einem Generalstreik nicht zurückschrecken, wenn es einmal gilt, eine dem gesamten Volke drohende Gefahr abzuwenden, haben die Märztage 1920 anlässlich des Kapp-Butsches bewiesen. Damals sind aber die Arbeiter geschlossen für die Wahrung eigener Interessen und darüber hinaus für die Interessen des gesamten Volkes in den Kampf gezogen und haben auch einen vollen Erfolg erzielt. Daß ein von den kommunistischen „Generälen“ angezettelter „Generalstreik“ niemals Erfolg haben kann, weil eben nur ein kleines Käufflein Verblender dahinter steht, ist für jeden Einsichtigen längst klar. Die vorhandene große Not infolge der großen Arbeitslosigkeit ist den kommunistischen Butschpolitikern dabei noch zu Hilfe gekommen. In geradezu raffinierter Weise werden die Arbeitslosen als Sturmbock bei jeder Gelegenheit von den Kommunistenführern benutzt. Daß die Arbeitslosigkeit damit nicht zu bannen ist, daß man die Arbeitslosen auffordert, mit der Waffe in der Hand die Betriebe zu besetzen, wissen die Macher in der K. P. D. ebenso gut wie wir. Aber sie wissen auch, daß es leider Arbeiter gibt, die im Ernst glauben, sich durch solche Aktionen Arbeit und Existenzmittel verschaffen zu können. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist das beste Mittel, um einer Wiederholung solcher Butsche vorbeugen zu können. Mehr als bisher geschehen, muß in dieser Richtung künftig unternommen werden, und es muß Aufgabe der Regierung sein, alle Mittel anzuwenden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

In Nr. 11 der „Ameise“ vom 18. März d. J. haben wir die 10 Punkte umfassenden Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Die kommunistische Presse hat diese Forderung natürlich heruntergerissen, als Produkt der Arbeitsgemeinschaften bezeichnet, um sie damit in den Augen der Arbeiter zu diskreditieren. Jetzt, nachdem der Butsch fehlgeschlagen, der aus ganz anderen Gründen inszeniert wurde, sucht es die „Rote Fahne“ so darzustellen, als ob die Kommunisten für die Durchsetzung dieser zehn Punkte in den Kampf gezogen wären und dabei natürlich von den Gewerkschaftsführern im Stich gelassen wurden. Wir lassen hier die Ausführungen folgen, die das „Korrespondenzblatt“ des A. D. G.-B. hierzu macht. Das Blatt schreibt:

„Die Kommunisten brauchen Gründe für ihre wahnwitzigen Generalstreik- und Butschparolen, und da die bisher verzapften Begründungen, wie „weißer Schrecken“, „Orgeschabwetz“, „Görtingbande“, „Weltrevolution“ usw. keine rechte Zugkraft hatten, so greifen sie in ihrer Not wieder zu dem noch vor wenigen Tagen als „Arbeitsgemeinschaftsprodukt“ geschmähten Arbeitslosenprogramm des A. D. G.-B. In einem Aufruf der „Roten Fahne“ vom 26. März wird erklärt, daß der A. D. G.-B. nur unter dem Druck der kommunistischen Kundgebungen sich veranlaßt gesehen hätte, die zehn Forderungen aufzustellen, aber bis heute noch nichts zu deren Verwirklichung getan habe, während das Unternehmertum bereits auf der ganzen Linie seinen Widerstand gegen diese bescheidenen Forderungen ankündigt. Weiter wird darin erklärt:

„Wir Kommunisten haben das deutsche Proletariat aufgerufen zum Kampf, zum umfassenden Generalstreik für die Erhaltung und Sicherung seiner Existenz. In diesen Kampf ist eingeschlossen ein solcher um die zehn Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.“

Wir können an dieser Stelle nur wiederholen, was bereits die Kundgebung des Bundesausschusses des A. D. G. B. gegen die kommunistischen Putsche zum Ausdruck brachte; daß diese Bewegung nichts mit gewerkschaftlichen Bestrebungen gemein hat. Der Vorstand des A. D. G. B. hat sein Arbeitslosenprogramm nicht auf kommunistischen Druck, sondern mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeitslosen aufgestellt und bereits Schritte zu dessen Durchführung getan. Er hat dieses Programm in seinem dringlichsten Teil im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Annahme gebracht und mit den verschiedensten zuständigen Regierungsressorts über die Vereinstellung von Notstandsarbeiten und öffentlichen Aufträgen, sowie über die Grundsätze, nach denen hierbei Arbeitslose zu beschäftigen sind, verhandelt. Das weiß die „Rote Fahne“, denn sie hat selbst am 22. März über eine solche Verhandlung berichtet, damals freilich in abfälligem Sinne. Wenn sie heute plötzlich sich wieder dieses Programms erinnert und für diese zehn Forderungen die Arbeiterschaft in den Generalstreik treiben will, so kennzeichnet ein solches Verlegenheitsmanöver nur die ganze Nützlosigkeit des kommunistischen Generalstabs, der jeden Tag neue Parolen ausgibt und schließlich selber nicht mehr weiß, wofür er die Arbeitermassen bluten läßt. Der A. D. G. B. hat keinen Augenblick daran gedacht, seine zehn Forderungen mit Putsch und Generalstreik durchzusetzen, denn dies wäre das allerungeeignetste Mittel, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. Es hieße die Kuh einfach totschlagen, weil sie nicht genug Milch gibt. Wir können die Arbeiterschaft nur wiederholt auf das nachdrücklichste vor der Forderung warnen, daß sie für die Forderungen des A. D. G. B. in den Generalstreik treten müßten. Der A. D. G. B. hat nicht das mindeste mit diesem kommunistischen Bahnhöh zu tun.“

Nachdem die Kommunistenführer die Arbeiterschaft ohne jede Rücksicht auf irgendwelchen Nützlichkeitsersolg in dieses blutige Abenteuer hineingetrieben, wobei sie ihre eigene kostbare Haut vor Beschädigungen zu schützen verstanden, und damit ein Fiasko erlitten, wie es vollständiger gar nicht gedacht werden kann, ist es begreiflich, daß sie nunmehr wieder einen Blitzableiter suchen, an dem der Jorn der Enttäuschten Ablenkung erfährt. Das wird ihnen aber nicht so leicht gelingen. Die irreführte Arbeiterschaft, die bislang noch den verantwortungslosen Putschpolitikern nachgelaufen, wird mehr und mehr zu der Einsicht kommen, daß andere Wege begangen werden müssen, als die von letzteren gewiesenen, wenn wir uns aus den Nöten befreien wollen, in denen wir uns befinden. Die Worte des Dichters:

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,  
Mit Flint' und Schwert nicht kämpfen wir“

gelten uns heute noch ebenso wie ehemals. Unsere Waffen sind anderer Art: das ist unsere wirtschaftliche Kraft, unsere Bedeutung im Produktionsprozeß, die wir, wenn alle anderen Mittel versagen, planmäßig und zielbewußt in Anwendung bringen, wenn die zwingende Notwendigkeit dafür gegeben ist. Die syndikalistischen Kampfmethoden der Kommunisten haben die deutschen Arbeiter in ihrer erdrückenden Mehrheit von jeher abgelehnt und werden auch in Zukunft von jedem Arbeiter abgelehnt werden, der gewerkschaftlich gereifte Erfahrungen besitzt. Wir sagten bereits eingangs, daß die wütendsten Gegner der Arbeiter aus diesem verunglückten Putsch versuchen werden, Kapital zu schlagen. In dieser Beziehung präsentiert die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ bereits ihre Forderungen, indem sie nach dem starken Manne in der Regierung ruft, der „mit Kopf und Faust den Ansprüchen dieser Sturmzeit gewachsen ist“. Deren Bekämpfung richtet sich nicht gegen die kommunistischen Wirkköpfe, sondern gegen die Sozialdemokratie, und darunter versteht sie in erster Linie die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das Unternehmerorgan, dem dieser wahnsinnige Putschversuch gar nicht so unangelegen kam, möchte zu gern erreichen, daß aus diesem Anlaß gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die jeden Streik zur Unmöglichkeit machen. In ihrer Nr. 14 vom 3. April schreibt sie an einer Stelle:

„Während bei uns in Deutschland die Sozialdemokratie dauernd ausbleibt, höhere Löhne zu erkämpfen und die Produktion durch Betriebsversammlungen, freie Nachmittags- und Abendarbeiten zu verringern, während bei uns in Deutschland an jeder wichtigen Anlaß, teils mit, teils ohne Erlaubnis der Gewerkschaften gestreikt wird, hat im reichen Amerika die Arbeiterschaft zugehört, daß sie sich bei der augenblicklichen Wirtschaftslage mit verringerten Löhnen abfinden muß. Im Staat Illinois ist ein Antistreikgesetz mit der Begründung eingeführt, daß jeder Streik als Wirtschaftskampf unverantwortlich

ist. In Colorado ist das Ausstellen von Streikposten verboten. Der „Vorwärts“ schreibt das dem geringen Einfluß der amerikanischen Arbeiterorganisationen zu. Wir möchten glauben, daß der amerikanische Arbeiter aufgeklärter ist und mehr Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten besitzt, als der deutsche, der alles nur durch die Brille seiner Parteiblonzen sieht und seine wirtschaftlichen Kenntnisse meist nur von Hebern und Heberorganen bezieht.“

Das Antistreikgesetz, mit der Begründung, daß jeder Streik unverantwortlich ist, ist das heiße Begehren dieses Blattes und dessen Hintermänner. Die Gründe dafür haben ihm die Kommunisten in Fülle und Fülle in den Schoß geworfen. Das geht an anderer Stelle desselben Blattes in derselben Nummer hervor, an der sich dasselbe mit dem „Vorwärts“ beschäftigt, weil letzteres den Kommunistenputsch verurteilte.

Es wird dort gesagt:

„Außerlich rücken die Mehrheitssozialisten ängstlich von den russischen und deutschen Bolschewisten und Kommunisten ab. Sie besitzen genug politische Einsicht, um die Gefahr zu wittern, die ihnen droht, wenn sich etwa dieses ganze Verbrechergesindel, das unter kommunistischer Flagge raubt und mordet, an ihre Rockschöße hängen würde! Darum wird also, äußerlich, ein scharfer Trennungstrieb gezogen, und die offizielle Presse der Sozialdemokratie gibt sich den Anschein, als ob sie tief empört über die „Untaten“ dieser radikalen Umstürzler wäre. Wie die Partei der Genossen von jeher auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Wind gefächelt hat und den Erstaunten spielte, wenn aus der Drachensaat Sturm hervorging, so will sie es auch jetzt wieder „nicht gewesen sein“, wenn Deutschland in der gegenwärtigen, so fürchterlichen Bedrängnis noch das ganze Unheil des inneren Bruderkrieges über sich ergehen lassen muß. Forscht man nach den Ursachen der jüngsten Aufstandsbewegung, so kommt man nicht daran vorüber, daß es letzten Endes die Sozialdemokratie gewesen ist, die in Wort und Schrift die Atmosphäre geschaffen hat, in der allein dieses giftige Unkraut emporwachsen konnte. Aber nicht nur die ersten Antriebe rühren aus dem roten Lager her, auch heute noch sind die Genossen weit davon entfernt, mit voller Ueberzeugungstreue, mit wahrhafter Entschlossenheit gegen die anarchistische Bewegung Front zu machen. Man darf sich nicht durch die große Schimpfkanonade täuschen lassen, man muß es verstehen, zwischen den Zeilen zu lesen, und man muß vor allem die tatsächliche Stellungnahme ins Auge fassen, zu der sich die Führer der Partei angesichts dieser revolutionären Ereignisse aufschwingen. Da erkennt man dann deutlich, daß es meistens nur leerer Theaterdonner ist, den die Regierungssozialisten gegen die Schürer des Bürgerkrieges aufbringen. Denn wenn sie wirklich in ehrlicher Absicht mit Blitz und Donner gegen das Treiben der russischen und deutschen Aufwiegler zu Felde ziehen wollten, so müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn sie nicht die Bewegung im Keime hätten ersticken können. Aber man fühlt eben doch die innere geistige Verwandtschaft. Im tiefsten Herzen schlummert noch genug Revolutionsstimmung und Barrikadenrausch, als daß man nicht diesen Dynamithelden und Straßenkämpfern eine heimliche Bewunderung entgegenbringen möchte! Kleinlich ist nur der Umstand, daß diese Kotten, die sich als so treffliche Sturmtruppen gegen die bürgerliche Gesellschaft erweisen, gar keine Disziplin im Leibe haben und sich der so fein ausgeklügelten Parteitaktik durchaus nicht fügen wollen. Der Aerger über solche Unbotmäßigkeit verleitet denn auch die sozialdemokratische Presse hier und da zu einer gewissen Unvorsichtigkeit; sie läßt sich zu dem Bekenntnis hinreißen, daß es eben schließlich nur dieser Generalstreik ist, den sie als Generalunfuhrl erklären möchte („Vorwärts“, Nr. 145 vom 29. März). Keineswegs rafft man sich etwa dazu auf, die ganze Bewegung zu verurteilen, kein Gedanke daran, ein ernstes Wort an die Arbeiterschaft zu richten, mit der Mahnung, daß auf Jahre hinaus in Deutschland nicht an Streik und Kampf, geschweige denn an Generalstreik gedacht werden dürfe, ach nein, unerbürdlich und trotzig hält man an dem alten Programm fest, wonach diese ganze bürgerliche Staats- und Wirtschaftsordnung bis auf die Wurzel vernichtet werden müsse, und nur darüber macht man sich Kopfschmerzen, daß diese verfluchten Kerls, diese Sowjetleute, zu früh, zu ungeschickt, zu unordentlich losgeschlagen, daß sie nicht dafür zu haben sind, die vorsichtigeren, abgefeimte Art des langsamen Minierkrieges mitzumachen, dessen Methoden die deutsche Sozialdemokratie mit unermüdetem Scharfsinn ausgearbeitet und seit Jahrzehnten mit nicht allzu großem Erfolge ausprobiert hat!“

An anderer Stelle ertönt dann der Ruf nach dem starken Mann:

„Höchste Zeit ist es, daß sich die öffentliche Meinung, daß das gesamte Bürgertum geschlossen aufrastt erstlich zu der Forderung, Klarheit zu gewinnen über die eigentlichen Pläne und Absichten der Regierung, und sodann in dem einheitlichen Willen das Staatsruder endlich in die Hände solcher Männer zu legen, die mit Kopf und Faust den Ansprüchen dieser Sturmzeit gewachsen sind. (Eine öffentliche Meinung, die sich von Blättern, wie der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ beeinflussen läßt, wird solche Kraft nicht aufbringen.) Napoleon hat einmal gesagt, ich will nicht, oder ich will, das ist meine Politik! Wie weit sind wir heute von solcher Politik entfernt? Wollen wir aber überhaupt daran denken, wieder in Staatswesen vorzustellen, so müssen wir das Letzte anbieten, um nach innen und außen den alten Grundsatz: Der Staat ist Macht, zu verwirklichen. Lange wird es dauern, bis dieses Ziel in der äußeren Politik erreicht werden kann, aber wenigstens im Hause selbst muß wieder die alte Ordnung zurückkehren! Nicht auf Reichtum, sondern auf Macht muß sich unsere nächste Politik einstellen, denn mit Recht sagte Friedrich List: „Macht ist wichtiger als Reichtum, weil die Macht der Nation jene Kraft ist, neue produktive Hilfsquellen zu eröffnen, und weil die produktiven Kräfte der Baum sind, an welchem die Reichtümer wachsen, und weil der Baum, welcher die Frucht trägt, wertvoller ist, als die Frucht selbst!“

Die „alte Ordnung“, d. h. die brutale Polizeifaut, muß wiederkehren, muß die Arbeiter knebeln, damit das Unternehmertum ungehindert ausbeuten kann. Wenn man auch überzeugt sein darf, daß diese Bäume auch nicht in den Himmel wachsen, daß eine Wiederkehr der „alten Ordnung“ ausgeschlossen bleiben muß, so muß man doch betonen, daß auch die neue Ordnung eben „Ordnung“ sein muß, und zwar eine bessere, vor allem gerechtere, als es die alte war. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß das vertriebene Kleinbürgertum, daß die Arbeitermassen, die heute noch im bürgerlichen Lager stehen und vom Sozialismus nichts wissen wollen, durch die blödsinnigen Kommunistenputsche kopfscheu gemacht werden und schließlich mit dafür eintreten, daß die „alte Ordnung“ wiederkehre.

Der „Minierkrieg“, der zu Erfolgen geführt hat, das ist die alte bewährte Taktik, die die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften groß gemacht hat. Das ist die Taktik, die das Sozialistengesetz überwunden, alle gegen die Arbeiterchaft geplanten Ausnahmegeetze zunichte gemacht hat. Das ist die bewährte Taktik, auf dem gesetzlichen Boden zu bleiben und mit legalen Mitteln zu kämpfen. An unserer Gefährlichkeit werden unsere Gegner zugrunde gehen, hat Bebel einmal gesagt, der auch etwas von der Arbeiterbewegung verstand. Deswegen verurteilen wir die Demagogen, die die Arbeiterchaft veranlassen, den gesetzlichen Boden zu verlassen, weil dieser Weg nirgends anders als zu Mißerfolgen führen kann.

Vielleicht wird ein Teil unserer Mitglieder uns es wieder verargen, daß wir zu den Vorkommnissen überhaupt Stellung genommen. Wenn wir jedoch sehen müssen, daß unverantwortliche und gewissenlose „Mitarbeiterführer“ mit dem Leben, der Gesundheit, den vitalsten Interessen der Arbeiterchaft geradezu Schindluder spielen, dann dürfen wir nicht schweigen. Es ist Pflicht jedes einzelnen, der ehrlich besorgt ist um das künftige Wohl und Wehe der Arbeiterchaft, seine warnende Stimme zu erheben und aufzufordern, daß sich die Arbeiter nicht mehr von den hochtönenden Phrasen der kommunistischen Weltbeglucker einfangen lassen.

Es sind wirklich bittere Lehren, teuer erkauft, die aus dem verunglückten Generalstreik sich für die gesamte Arbeiterchaft ergeben. Es ist dringend zu wünschen, daß auch in den Kreisen der Irreführten recht bald andere Ansichten Platz greifen, daß auch sie bald erkennen mögen, zu welchen Zwecken die gesamte Gewerkschaftsbewegung von den kommunistischen Führern heruntergerissen, als „gelb“ der Arbeiterchaft denunziert wird, die heutigen Gewerkschaftsführer so wütend von jener Seite bekämpft werden. Mögen die kommunistischen Parolen in Zukunft nur noch für Bankräuber, Plünderer, Bombenwerfer usw. in Frage kommen; ehrliche Arbeiter, die mit Hilfe ihrer Organisation ihre Lage ernsthaft verbessern wollen, haben damit nichts zu tun.

## Die Phasen des proletarischen Freiheitskampfes.

Von Dr. W. Peiser.

S. A. Zurück zu den Quellen! lautet die Losung in einer Zeit, da das Wanken des theoretischen Grundgebäudes Hauptursache für die Irrungen und Wirrungen in der sozialistischen Bewegung ist. Wenn die Sozialdemokratie dem verbrecherischen Geschehen, das gegenwärtig in Deutschland sein Untwesen treibt, anders gegenüber tritt, als die bürgerlichen Parteien, abwartender, ruhiger, zurückhaltender, so deshalb, weil es ihre Pflicht ist, zu

untersuchen, welches die soziologischen Beweggründe jener Erhebung sind, bzw. ob überhaupt dem gegenwärtigen Aufbruch soziologische Ursachen zugrunde liegen.

Von den Kommunisten wird die demokratische Republik bekanntlich genau so negiert, wie die gesamte Sozialdemokratie den monarchistischen Massenstaat bis zur Novemberrevolution 1918 negierte. Sie behaupten, durch jene putschistische Bewegung die Revolution „vortwärts zu treiben“ und damit den proletarischen Befreiungskampf abzukürzen. Gerade im gegenwärtigen Augenblick erscheint es geboten, nicht mit agitatorischer Beredsamkeit, sondern mit dem Rüstzeug der Wissenschaft an diese Behauptung heranzutreten und ihre Berechtigung zu prüfen. Unsere Quelle sei diesmal Karl Marx. In einem Aufsatz, der sich in der Gesamtausgabe seines literarischen Nachlasses (herausgegeben von Mehring) findet, schreibt der Altmeister des Sozialismus:

„Der Staat ist ein zu ernstes Ding, um zu einer Harlekinade gemacht zu werden. Man könnte vielleicht ein Schiff voll Narren eine gute Weile vor dem Winde treiben lassen: aber seinem Schicksal trieb' es entgegen, eben darum, weil die Narren es nicht glaubten.“

Dieses Schicksal ist nach Marx die Revolution. Nun sind wir gegenwärtig in das von Marx angekündigte Zeitalter der Revolution eingetreten; „das Schiff voll Narren“ aber macht die Revolution zu einer Harlekinade, vor der wir den Staat — und zwar den demokratisch-republikanischen Staat — zu schützen haben.

An einer anderen Stelle des zweiten Bandes seines literarischen Nachlasses finden wir folgende höchst interessante Stelle:

„Jede Revolution löst die alte Gesellschaft auf; insofern ist sie sozial. Jede Revolution stürzt die alte Gewalt; insofern ist sie politisch. . . Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg.“

Man vergleiche diese kristallklare Zerlegung des Wesens der Revolution und des Sozialismus mit der gegenwärtigen Bewegung in Deutschland — und man muß feststellen, daß dieser die sozialen wie die politischen Voraussetzungen fehlen, daß ihre Seele nicht hervortreten kann, da ihr der Selbstzweck des politischen Aktes die organisierende Tätigkeit abgeht.

In Wirklichkeit haben wir es bei dem Kommunistenputsch in Deutschland mit einer Seltenbewegung zu tun, die Marx als „die erste Phase in dem Kampfe des Proletariats gegen die Bourgeoisie“ bezeichnet, und über die er (in einem Privatbrief an den Generalrat der S. A. U.) schreibt:

„Diese ist berechtigt zu einer Zeit, in der das Proletariat sich noch nicht hinreichend entwickelt hat, um als Klasse zu handeln. Vereinzelt Denker unterwerfen die sozialen Gegenstände einer Kritik und geben zugleich eine phantastische Lösung derselben, welche die Masse der Arbeiter nur für voll anzunehmen, zu verbreiten und praktisch ins Werk zu setzen braucht. Die Masse des Proletariats bleibt stets ihrer Propaganda gegenüber gleichgültig, ja selbst feindlich. . . Die Selten, im Anfang Hebel der Bewegung, werden ein Hindernis, sowie diese sie überholt, sie werden dann reaktionär. . . kurz, sie stellen die Kindheit der Proletarierbewegung dar, wie die Astrologie und Alchemie die Kindheit der Wissenschaft. . . So lange die Selten berechtigt sind (historisch) ist die Arbeiterklasse noch unreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung. Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Selten wesentlich reaktionär.“

Jedes Wort dieser Sätze ist ein schneidender Schlag gegen die gegenwärtigen Wortführer des Putschismus, die durch ihre Haltung ihre innere Ueberzeugung von der Unreife des Proletariats kund tun und andererseits den Befreiungskampf der Arbeiterklasse in sein Anfangsstadium zurückschleudern. Es handelt sich in Wirklichkeit um Leute, die Marx in einem Aufsatz der „Neuen Zeit“ treffend charakterisiert hat:

„In jeder Revolution drängen sich neben ihren wirklichen Vertretern Leute anderer Geprägung vor. Einige sind die Ueberlebenden früherer Revolutionen. . . andere sind bloße Schreier, die, jahrelang dieselben ständigen Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von „Revolutionären reinsten Wassers“ eingeschlichen haben. . . Sie sind ein unvermeidliches Uebel; mit der Zeit schüttelt man sie ab.“

Es ist, als wären diese Worte für die Hölz, Sphyl und ähnliche Götzen geschrieben. Auch heute triumphieren die Schreier, während

Das Proletariat sich ihrem Treiben fernhält und auf den Augenblick wartet, in dem es die lästigen Gesellen von sich abschüttelt. Diese „Revolutionäre“, die wir heute nicht weit vom Lager der deutschnationalen Völkspitze zu suchen haben, hielten sich zu Marx' Zeiten zumeist unter dem Lumpenproletariat auf, das Marx an einer Stelle des „Kommunistischen Manifests“ folgendermaßen charakterisiert:

„Das Lumpenproletariat, diese passive Versauung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach bereitwilliger sich, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“

Schon an Hand dieser kurzen Zitate dürfte der Nachweis erbracht sein, daß die kommunistisch-sektiererische Putzsbewegung den Emanzipationskampf des Proletariats nicht zu beschleunigen, sondern nur zu hemmen vermag. Das Ziel der Bewegung ist denn auch von dem Ziel der proletarischen Massen- und Klassenbewegung grundverschieden: Während diese die Ueberwindung der Klassenherrschaft anstrebt, sucht jene eine neue Klassendiktatur zu errichten, wodurch der proletarische Befreiungskampf nur rückwärts revidiert werden könnte. Auch hierfür gelten die Worte des größten Vorkämpfers des Sozialismus, die er im „Elend der Philosophie“ schrieb, im vollen Umfang: „Die Bedingung der Befreiung der arbeitenden Klasse ist die Abschaffung jeder Klasse, wie die Bedingung der Befreiung des dritten Standes, der bürgerlichen Ordnung, die Abschaffung aller Stände war. . . Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig eine gesellschaftliche wäre. Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein.“

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Widerstreitende Interessen in der Eisenindustrie. — Die Betriebsumstellung der Hüttenwerke. — Rückgang in der Eisenerzeugung. — Kohleneinfuhr in Deutschland. — Die Konkurrenz des Auslandes in der Eisenindustrie. — Die Alpine Montangesellschaft im Stinneskonzern.

S.A.R. Die Konzentrationsbestrebungen im rheinisch-westfälischen Bergbau- und Stahlwerksbetriebe werden in der Klein-eisenindustrie mit einer gewissen Beunruhigung angesehen. Die sogenannte Vertikalorganisation der Schwerindustrie, die sich aufbaut auf Kohle und Erz, dann zu dem Halbfabrikat übergeht und als Schluß die Industrie der Weiterverarbeitung und Verfeinerung in ihrem Konzern aufnimmt, hat wirtschaftspolitisch vom Standpunkt der kapitalistischen Entwicklung den Vorzug einer gewinnbringenden Rohstoffausnutzung, geregelter Absatzverhältnisse und einer Preisbestimmung unter eigener Kontrolle. Die Klein-eisenindustrie hat die durchaus begreifliche Besorgnis, was aus ihren zersplitterten Betrieben gegenüber diesen Riesenunternehmungen werden soll. Da kommt zunächst die Stahlversorgung für die Werkzeug- und Klein-eisenindustrie in Frage. Wenn auch für die nächste Zeit nicht anzunehmen ist, daß ein Mangel an Stahl eintreten wird, so ist immerhin damit zu rechnen, daß bei einem eintretenden Materialmangel die großen Konzerne an die Deckung ihres eigenen Bedarfs denken. Das war ja auch der Zweck der Uebung. Viel mehr Bedenken aber macht sich die Klein-eisenindustrie darüber, daß die angeschlossene Industrie der verfeinerten Fabrikate Reizung verspüren wird, zur Werkzeug- und Stahlwarenfabrikation im großen überzugehen, um der alteingesessenen Solinger und Remscheid'schen Industrie, die in der Fabrikationsmethode nicht gerade auf der Höhe steht, in die moderne großkapitalistische Form zu pressen. Die Klein-eisenindustrie zählt im Bergischen Land rund 2700 Betriebe mit ungefähr 70 000 Arbeitern. Vor dem Kriege wurden von dieser Industrie 100 Millionen Zentner Eisenwaren ausgeführt. Es handelt sich vielfach um Qualitätsware, die von einer für den Beruf sehr geübten Arbeiterschaft hergestellt wird und in Klein- und Mittelbetrieben auch eine Art Heimarbeit als forschende Betriebsform aufweist. Diese Betriebsform hat sich im zähen Kampf gegen die eindringende Großindustrie noch aufrechterhalten. Für die Kleinindustrie muß die Konkurrenz für Stahl in den Händen der großen Konzerne der Stahlwerke werden. Ist dieser Konzern geschlossen, so hat er die Hand, die Preise und Abnahmebedingungen zu diktiert. Die bergische Industrie setzt sich bereits in einem stark aufwärtsgehenden Gesamtverband der deutschen Werkzeugindustrie, dem die einzelnen Fabrikantenvereine sich angegliedert haben, zur Wehr. Bei der ungünstigen Geschäftslage wird gegenwärtig der Ausgleich der Interessen keine erheblichen Schwierigkeiten bereiten; die Kraftprobe wird erst später einsehen.

Die deutschen Hüttenwerke haben es in verhältnismäßig kurzer Zeit verstanden, sich in der Erzversorgung auf die durch den Friedensvertrag neu geschaffene Lage einzustellen. Den Hüttenwerken ist durch den Friedensvertrag 79 Proz. ihrer bisherigen Erzversorgung genommen; es mußte für die noch in deutschem Besitz verbliebenen 75 Proz. der Hochofen eine wesentlich geänderte Erzbasis gefunden werden. Die Lothringer Erzgruben bildeten bisher das Hauptversorgungsgebiet für die deutsche Eisenerzeugung. Frankreich ließ zwar bis zum Januar 1920 Minette im Austausch gegen deutschen Koks herein, verminderte aber später dieses Kontingent und sparte schließlich im Juli vorigen Jahres jede Zufuhr nach dem unbefestigten Deutschland. Auf französischen Einfluß ist zurückzuführen, daß auch von Luxemburg die Minetteausfuhr auf 60 000 Tonnen pro Monat beschränkt wurde. Die Hüttenwerke behielten sich zunächst mit ihren ziemlich reichen Vorräten und konnten auf eine gesteigerte Erzförderung im Lande sowie auf ein reichliches Angebot von Schrott zurückgreifen. Der Eisenerzbergbau steigerte seine Leistung von 50 000 Tonnen auf 72 000 Tonnen monatlich, auch im Dill- und Lahngebiet stieg die Zufuhr und schließlich kommen die Erzzufuhren aus Schweden und Spanien im reichlichen Ausmaß herein. Mittlerweile hatten sich die Hüttenwerke auf den Bezug der hochwertigen Auslandserze eingestellt, die zudem den Vorteil boten, daß weniger Koks bei der Verhüttung erforderlich war; damit wurde das Fehlen von Minetteerzen nicht so schwer empfunden. Als dann Frankreich im März wieder 150 000 Tonnen Minette monatlich freigab, mußte es erfahren, daß für diese Menge kein Absatz mehr vorhanden war. Allerdings hat unter dieser Umstellung der Betriebe auch der Erzbergbau im Dill- und Lahngebiet gelitten, da auch diese Erzgruben einen hohen Verbrauch von Brennmaterial beanspruchen.

Die immer noch ungenügende Belieferung mit Rohleisen hat unsere Eisenerzeugung wieder in eine Rückwärtsbewegung gebracht. Trotzdem ist im Inland durch die Stodung in der arbeitenden Industrie der im vorigen Jahre recht unangenehme Mangel an Roheisen und Stahl einem Ueberfluß gewichen, an dem der Eisenwirtschaftsbund mußte sich zu erheblichen Preisreduktionen bequemen. Auf dem Auslandsmarkt ist die Hochkonjunktur vorüber, die konkurrierenden Hüttenwerke in Amerika, England, Belgien und Frankreich haben die Produktion so gesteigert, daß das Ueberangebot allgemein ist und auch hier die Preise abwärts gleiten. Bezeichnend ist es, wie auch auf dem Eisenmarkt der Handel die Situation rücksichtslos ausnutzte. Die Beengung des Marktes wurde im vorigen Jahre künstlich beeinflusst, indem man Lagerbestände zurückhielt, solange die Preise sich aufwärts bewegten, um dann mit großen Angeboten zu kommen, sobald die Preise sanken.

Während das Ausland im Kohlenüberfluß erstickt, kommt wir leider nicht zu einer Förderung, die den Bedarf deckt. In der Zeit vom 21. Februar bis 6. März sind in Deutschland 24 930 Tonnen Kohle aus Holland, 27 603 Tonnen aus England und 1603 Tonnen aus Amerika eingeführt. Ueberrasschen muß es, daß wir über Holland sogar größere Mengen Kohle einführen. Vor kurzem wurde berichtet, daß von Belgien und Frankreich Spottpreisen unsere nach dem Spaabkommen nach dort gelieferte Kohle nach Holland abgestoßen würde. Ist das der Fall, dann muß man annehmen, daß wir aus Holland unsere eigene Kohle mit dem nötigen Preisaufschlag zurückkaufen. So unjännig das Verfahren klingen mag, es wird verständlich aus dem Vernehmen der kapitalistischen Interessentengruppe der Entente, die deutsche Eisenerzeugung unter dem Kohlenmangel niederzuhalten. Frankreich erstickt im Eisenüberfluß, und es schiebt sich an, mit den ihm anfallenden technisch hochentwickelten Hüttenwerken in Lothringen auf dem Auslandsmarkt als starker Konkurrent aufzutreten.

Die starke Steigerung der Eisen- und Stahlerzeugung Amerikas ist bekannt. England sah sich während des Krieges zu einer Modernisierung seiner Anlagen gedrängt. Seine Stahlerzeugung ist bereits weit über die Vorkriegszeit hinausgegangen. Japan ist auf dem besten Wege, sich eine Grobeisenindustrie zu beschaffen und wird sich für diesen Zweck die chinesischen Erze dienstbar machen. Der Krieg hat den Anreiz gegeben, eine mächtige Verchiebung der Produktionsstätten vorzunehmen.

Der Ueberfluß an Kupfer, der gegenwärtig auf dem Weltmarkt vorhanden ist und die Preise sehr stark abwärts geführt hat, bewog die amerikanische Morgangruppe, einen Bestand von 180 000 Tonnen amerikanisches Kupfer auf einige Jahre zu beleihen. Damit ist dieses große Quantum Kupfer aus dem Verkehr gezogen und der Markt von diesem Angebot entlastet. Natürlich soll damit die weitere Preislenkung aufgehalten werden; so greift man zur Sicherung des Profits regulierend in die Marktlage ein.

Eine sehr beachtliche Erweiterung hat der Stinneskonzern erfahren, indem er das größte österreichische Hütten- und Bergwerk, die Alpine Montangesellschaft, unter seine Herrschaft brachte.

Das Unternehmen wurde nach dem Kriege von einer italienischen Finanzgruppe durch Aktienaufkauf erworben, kam aber zu keiner nennenswerten Aufnahme des Betriebes, da es dem Gütenwerk an der Lieferung mit Koks fehlte. Die Italiener hatten deshalb starkes Interesse an der Gesellschaft verloren, da die Hoffnung, von ihr aus die italienische Industrie zu einem erheblichen Teil mit Kohlen zu versorgen, sich vorläufig als trügerisch erwies. Man verzichtete deshalb den Anschluß an ein deutsches Unternehmen und gründete in dem Stinneskonzern eine für die Gesellschaft sicherlich nützliche Aufnahme. Da die Stinnesgruppe über reichliche Koksproduktion verfügt, kann sie die Gütenwerke der österreichischen Gesellschaft in Gang bringen, wenn auch nicht vollständig in Betrieb setzen. Den Österreichern wird für ihre verarbeitende Industrie ein wertvoller Dienst geleistet, und die größte deutsche Koks- und Montangesellschaft unternimmt einen nicht unwichtigen Schritt zur Ausdehnung ihres Herrschaftsgebietes.

## Beihilfen aus der Invalidenversicherung und Militärrenten.

Von Richard Meier-Zwidau, M. d. R.

S. A. R. Durch Gesetz vom 26. Dezember 1920 wurde den Beziehern einer Rente aus der Invalidenversicherung eine außerordentliche Beihilfe zu ihrer Rente und den bisherigen Rentenzahlungen bewilligt, zugleich aber bestimmt, daß solchen Rentenzahlern, die daneben noch eine Rente nach den Militärversorgungsgesetzen beziehen, diese Beihilfe nicht zu gewähren ist. Dadurch sind viele Rentenempfänger schwer benachteiligt worden, da ihre Bezüge mit Militärhinterbliebenenrente niedriger sind als die Invalidenrente mit Zulage und Beihilfe.

Durch eine Verordnung vom 21. August 1919 wurden Zulagen bewilligt für alle Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Wittverrente beziehen, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten. Dadurch wurde auch den Empfängern von Militärrenten und Militärhinterbliebenenrenten das Recht auf eine Zulage von 20 Mk. für die Invaliden- oder Altersrente und von 10 Mk. für die Witwen- und Wittverrente gegeben.

Durch eine Verordnung vom 20. Mai 1920 wurden die Zulagen auf 30 Mk. für die Invaliden- oder Altersrente, auf 15 Mk. für die Witwen- oder Wittverrente erhöht und für die Waisenrente neu eine Zulage von 10 Mk. festgesetzt. Daneben wurde aber zugleich bestimmt, daß Personen, die auf Grund ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Militärhinterbliebenenrente beziehen, die Zulage nicht erhielten. Das neue Gesetz vom 26. Dezember 1920 brachte aber noch eine weitere Einschränkung; es setzte im allgemeinen für die Bezahler von Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Wittverrente eine Beihilfe von monatlich 40 Mk., für Empfänger einer Waisenrente von monatlich 20 Mk. ab 1. Januar 1921 fest. Alle Personen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten, wurden von dieser außerordentlichen Beihilfe ausgeschlossen. Diese Bestimmung bedeutet eine große Härte gegenüber den Empfängern von Kriegselterngeld. In diesen Kreisen herrscht mit Recht eine große Unzufriedenheit vor, einmal gerade diese Kreise die Beihilfe so bitter benötigen.

Bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Februar d. J. hat die Sozialdemokratische Fraktion die Regierung auf diese außergewöhnliche Härte aufmerksam gemacht und schleunigste Abhilfe verlangt. Die Regierung erkannte den Mangel des Gesetzes an. In seiner letzten Sitzung vor den Osterferien hat der Reichstag eine Änderung des Gesetzes beschlossen, die besagt, daß die Beihilfe vom 26. Dezember 1920 Personen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten, nur insoweit zusteht, als sie zu gewährenden Beihilfe die gewährte Versorgung übersteigt.

Die neue Bestimmung beseitigt zwar nicht restlos die im Gesetz vorhandenen Härten, aber im wesentlichsten ist erreicht, daß die meisten Kriegseltern nunmehr auch die Beihilfe vom 26. Dezember 1920 erhalten, die ihnen bisher vorenthalten worden ist. Die Beihilfen sind demnach vom 1. Januar 1921 ab zu gewähren, und so gering sie auch sind, tragen sie doch dazu bei, den armen Rentenempfängern die wirtschaftlich trüben Zeiten erträglicher zu gestalten.

## Aus unserem Beruf.

Zur Beachtung für Berichterstatter!

Wir ersuchen, alle zur Veröffentlichung in der „Ameise“ bestimmten Mitteilungen nicht erst veralten zu lassen, ehe sie an uns abgeschickt werden. Ein Versammlungsbericht, der erst vier bis sechs Wochen nach Stattfinden der Versammlung in der „Ameise“

erscheint, hat in der Regel schon jeden Wert verloren. Auch sonstige Anzeigen sollten nicht unnötigerweise verzögert werden. Dann möchten wir wieder einmal darauf aufmerksam machen, daß ein in der „Ameise“ zu veröffentlichender Versammlungsbericht kein genaues Protokoll zu sein braucht, sondern nur wichtige, die Öffentlichkeit interessierende Verhandlungsergebnisse zu enthalten braucht. Ferner wolle man bei allen Zuschriften an die Redaktion das Papier nur auf einer Seite beschreiben. Ferner wolle man mit Linde, nicht mit Bleistift schreiben, die Zeilen nicht zu eng aneinander bringen, damit eventuell notwendige Korrekturen dazwischen geschrieben werden können. Dann wolle man auch jedes Wort ausschreiben, weil die oft angewandten Kürzungen nicht gedruckt werden können, demzufolge vom Schriftleiter nachgeschrieben werden müssen.

Schluß der Annahme für Anzeigen Donnerstagabend. Für größere Sachen, Berichte usw. entsprechend früher.  
Die Schriftleitung.

Von den Porzellanarbeitern der Tschechoslowakei. Die von einer am 20. Februar stattgefundenen Betriebskonferenz geforderten mündlichen Verhandlungen (siehe „Ameise“ Nr. 11 vom 18. März d. J.) haben stattgefunden. Am 18. März traten die Vertreter der organisierten Porzellanindustriellen (des Wirtschaftsverbandes der Porzellanindustrie) und die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes zu einer gemeinsamen Sitzung in Karlsbad zusammen.

Etwas herausgekommen für die Arbeiter ist dabei nicht. Wenn eintreten sollte, was allgemein befürchtet wird, eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise, dann wollen die Unternehmer diese Erhöhung aber nicht mehr tragen in der Form erhöhter Löhne. Wegen der geforderten Wirtschaftsbeihilfe wollen die Unternehmer in ihrer Gesamtheit noch einmal darüber beraten. Die Unternehmervertreter versicherten den Vertretern der Arbeiter, daß die Lage der Industrie keine günstige mehr sei. Es müsse im Gegenteil mit einem Steigen der Arbeitslosenziffern gerechnet werden.

Auch die am 25. März d. J. für die Feintonindustrie gepflogenen gleichen Verhandlungen endeten ohne jeden Erfolg für die Arbeiterschaft.

Der Verband deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen hat seinen Namen umgeändert und bezeichnet sich jetzt als „Verband deutscher Porzellan- und Keramikfabriken, G. m. b. H.“ in Berlin-Friedenau.

## Gewinnergebnisse von Aktiengesellschaften in der feinkeramischen Industrie.

Porzellanfabrik Günthersfeld, A.-G. Der Reingewinn beträgt pro 1920 701 814 Mk., im Vorjahre 154 797. Wie hoch die Dividende ist, die verteilt wird, ist nicht angegeben.

Porzellanfabrik Schönwald, A.-G. Dividende 15 Proz., im Vorjahre 10 Proz. Rückstellungen für Erneuerungen 900 000 Mark; im Vorjahre —.

Porzellanfabrik Waldsassen, Baireuther & Cie. Dividende 20 Proz. und 10 Proz. Bonus, zusammen 30 Proz., im Vorjahre 12 Proz. Abschreibungen rund 83 000 Mk., im Vorjahre 32 700 Mk. Reingewinn 710 000 Mk., im Vorjahre 185 000 Mk.

Steingutfabrik Ludwig Bessel, A.-G. in Bonn. Dividende 25 Proz. Dieses Unternehmen hat vor dem Kriege verschiedene Jahre gar keine Dividende gezahlt.

Steingutfabrik Goldich, A.-G. Dividende wie im Vorjahre 26 Proz., dazu aber 10 Proz. Sondervergütung, insgesamt also 36 Proz. Reingewinn 895 000 Mk. (im Vorjahre 588 000 Mark).

Porzellanfabrik Tirschenreuth, A.-G. 25 Proz. Dividende und 10 Proz. Sondervergütung, in Summa 35 Proz., im Vorjahre 25 Proz.

Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Bauscher, A.-G. 25 Proz. Dividende, im Vorjahre 15 Proz.

Meißener Ofen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Teichert) in Meissen. Dividende 20 Proz. und 5 Proz., gleich 25 Proz., im Vorjahre 15 Proz. und 2½ Proz.

Steingutfabrik A.-G. Sörnewitz-Meißen. Dividende 25 Proz., im Vorjahre 20 Proz.

Feinsteingutfabrik M. Kössler in Rodach. Auf das erhöhte Aktienkapital 12 Proz., im Vorjahre ohne erhöhtes Aktienkapital 6 Proz.

Porzellanfabrik Fürstenberg a. d. Weser. Dividende 25 Proz.

Porzellanfabrik Triptis, A.-G. Dividende 16 Proz., im Vorjahre 12 Proz.

## Aus anderen Verbänden.

### Gescheiterte zentrale Lohnverhandlungen im Maßschneidergewerbe.

In den Tagen vom 21. bis 23. März fanden in Jena zentrale Verhandlungen über die Neuregelung der Stundenlöhne im Maßschneidergewerbe unter Leitung der Herren Stadtrat Dr. Miller (Frankfurt a. M.), Obergewerberichter Sartorius (München) und Landrichter Dr. Sundseld (Hamburg) statt. Von Arbeitgeberseite war der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe (Sitz München) und von Arbeitnehmerseite der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband (Sitz Berlin), der Verband christlicher Schneider und der Gewerksverein der Schneider (S.-D.) beteiligt.

Für die Neuregelung der Stundenlöhne kommen in 214 Städten 4544 Firmen mit 27 886 männlichen und 13 574 weiblichen Beschäftigten in Frage, wovon 85 v. H. der männlichen und 81 v. H. der weiblichen Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sind. Bereits im Monat Februar haben zweimal Verhandlungen unter der gleichen Leitung in Nürnberg und Frankfurt a. M. stattgefunden, die jedoch ergebnislos verliefen. So war eine leise Hoffnung auf das Gelingen des zum dritten Male unternommenen Versuchs vorhanden, in der sich aber alle Beteiligten getäuscht sahen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes war infolge der Stimmung eines Teiles seiner Mitglieder nur zu einem Zugeständnis von höchstens 5 v. H. Lohnzulage zu bewegen, das obendrein noch an bestimmte Bedingungen geknüpft war. Der von den Unparteiischen gefällte Schiedsspruch trug nur der Arbeitgeberseite Rechnung, und es mußten daher die Arbeitnehmervertreter eine Empfehlung der Annahme des Schiedsspruches ablehnen. Damit waren die zentralen Verhandlungen wiederum gescheitert, und es müssen nunmehr die Stundenlöhne örtlich vereinbart werden.

Seit dem Monat Januar 1920 haben nun sechsmal Verhandlungen unter Leitung des unparteiischen Kollegiums stattgefunden, von denen nur eine, im Oktober 1920, zu einem Abschluß gebracht werden konnte. Alle anderen wurden vertagt oder scheiterten, da das unparteiische Kollegium nicht glaubte, über die Zugeständnisse der Arbeitgebervertreter hinausgehen zu können. Der letztmalig gefällte Schiedsspruch wird die Wirkung auslösen, daß arbeitnehmerseitig ernstlich die Frage erwogen werden muß, ob eine fernere Mitwirkung von Unparteiischen noch von praktischer Bedeutung sein kann.

## Vermischtes.

**Zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und der Angestellten.** Aus dem Reichsarbeitsministerium schreibt man uns: Der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird vom Reichsarbeitsministerium nunmehr in Kürze dem Reichsrat und Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. Diesem Gesetzentwurf soll sobald wie möglich ein weiterer Entwurf zur Regelung der Arbeitszeit der Angestellten folgen. Die getrennte Behandlung beider Arbeitnehmergruppen erklärt sich aus den Verpflichtungen, die der deutschen Regierung aus ihrer Teilnahme an der Internationalen Arbeitsorganisation beim Völkerbund erwachsen und die eine beschleunigte Vorlage des Gesetzentwurfs für gewerbliche Arbeiter erfordern. Die zeitlich getrennte Vorlage der beiden Gesetzentwürfe hat in Angestelltenkreisen die Befürchtung veranlaßt, daß damit eine Schlechterstellung der Angestellten bei der Regelung der Arbeitszeit beabsichtigt sei. Das Reichsarbeitsministerium legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Befürchtung gänzlich unbegründet ist und daß die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in gleicher Weise auf der Grundlage des Achtstundentages erfolgen wird wie die Regelung für die gewerblichen Arbeiter.

**Zur Neuordnung des Arbeitsrechts.** Der Ausschuss für die Neuordnung des Arbeitsrechts hat in der Woche vom 7. bis 12. März 1921 im Reichsarbeitsministerium getagt. An den beiden ersten Tagen haben sich zwei seiner Unterausschüsse mit den Fragen des Angestelltenrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts beschäftigt. Es lagen mehrere Entwürfe vor. Die Besprechung ergab, daß fast alle wichtigeren Fragen des Angestelltenrechts zugleich solche des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts sind und einer Sonderregelung in geringem Maße bedürfen, als vielfach vorausgesetzt war. Es ist demnach zunächst unter Benützung der bereits vorhandenen Vorwürfe der Entwurf eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet werden, dessen Bearbeitung Dr. Franz Potthoff übernommen hat. Die Arbeit soll so geführt werden, daß bereits im Herbst die endgültige Beschlussfassung des Arbeitsrechtsausschusses erfolgen kann.

An drei Tagen hat sodann der Gesamtausschuss über den vom Professor Singheimer aufgestellten Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes beraten. Damit ist einer der wichtigsten Abschnitte des neuen Arbeitsrechts nunmehr im Ausschuss im wesentlichen

fertiggestellt. Allerdings mußte die Ausgestaltung der vorgelegten Tarifbehörden noch offengelassen werden, weil es den Absichten des Arbeitsrechtsausschusses entspricht, daß einheitliche Tarifbehörden geschaffen werden. Der Entwurf des Tarifvertragsgesetzes wird nach seiner endgültigen Redigierung voraussichtlich der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Gesamtausschuss hat sich ferner mit den Plänen für seine weiteren Arbeiten beschäftigt. Es wurde die Einsetzung von Unterausschüssen für das Berufsvereinsrecht, das Vergarbeitsrecht und das Landarbeitsrecht beschlossen. Schließlich haben sich die Mitglieder des Arbeitsrechtsausschusses noch an einer Besprechung über den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes beteiligt, der ebenfalls auf Grund der Arbeiten des Arbeitsrechtsausschusses aufgestellt worden ist.

Das Gesetz über die Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vom 5. Februar 1921, welches auf Grund des § 2 des Betriebsrätegesetzes erlassen ist, stellt die Betriebsvertretungen vor neue wichtige Aufgaben. Es ist den Betriebsvertretungen Gelegenheit geboten, auf Grund dieses Gesetzes in die Zusammenhänge der Betriebsführung tiefer einzudringen und ihre so gewonnenen Kenntnisse zu verwerten. Um den Betriebsvertretungen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte aus diesem Gesetz restlos geltend zu machen, ist im Verlage der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes eine Betriebsräteschrift Heft 10: „Wie beurteilt man eine Bilanz?“ von Paul Koske, Dipl. Handelslehrer, erschienen. In dieser Schrift sind in erschöpfender Weise die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Bilanz behandelt. Die verschiedenen für die Beurteilung einer Bilanz wichtigen Grundstücke sind eingehend dargelegt. Die Schrift enthält außerdem den Text des Bilanzgesetzes mit ausführlichem Kommentar sowie sämtliche weiteren für die Aufstellung einer Bilanz wichtigen gesetzlichen Bestimmungen und eine Literaturangabe.

Der Verlag der Zentrale der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bereits vor längerer Zeit eine Betriebsräteschrift, Heft 6, „Was ist eine Bilanz?“ herausgebracht, in welcher der technische Aufbau der Bilanz geschildert ist. Durch das Studium beider Schriften ist jedes Mitglied einer Betriebsvertretung in der Lage, sich eine gründliche Kenntnis der Zusammenhänge der Bilanz anzueignen, um dem Unternehmer gegenüber sachverständig aufzutreten. Der Preis für Gewerkschaftsmitglieder beträgt für Heft 6 90 Pf., für Heft 10 1,80 M., für Nichtmitglieder 1,80 M. und 3,60 M. Die Anschaffung dieser Schriften kann sowohl den Betriebsvertretungen als auch den Gewerkschaftsmitgliedern überhaupt dringend empfohlen werden. Bestellungen sind von den Ortsgruppen, Ortsausschüssen, Ortskartellen und örtlichen Betriebsrätezentralen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zu Händen des Kassierers Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 14/15 IV (Postcheckkonto Nr. 7930, Hermann Kube, Berlin) oder an den Allgemeinen freien Angestelltenbund Berlin NW. 52, Werftstr. 7 (Postcheckkonto Nr. 72 260, S. Mülhäuser, Berlin) zu richten. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder wollen ihre Bestellungen den örtlichen Körperschaften aufgeben.

**Kinderzahl und wirtschaftliche Lage.** Je höher die Kultur um so geringer ist die Kinderzahl, weil Selbstbeherrschung, Verantwortungsfähigkeit und dergl. mit steigender Kultur auch steigen. Darum ist die Kinderzahl bei den Kulturvölkern geringer als bei den Naturvölkern. Und darum ist es erfreulich, daß auch die Kinderzahl im Proletariat geringer zu werden beginnt. Eine größere Kinderzahl ist dann nur ohne gesundheitliche Beeinträchtigung der Eltern wie der Kinder möglich, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind; aber sie sind beim Proletariat nicht erfüllt. Und darum stirbt ein großer Teil der Kinder in den kinderreichen Familien wieder. Während die Fruchtbarkeit der untersten Klasse in einer englischen Statistik die der obersten um 50 Proz. übertraf, war die Kinderzahl im Endeffekt nur um 35 Proz. größer, weil in der untersten, kinderreichen Klasse verhältnismäßig viel mehr Kinder gestorben sind, als in der obersten kinderarmen Klasse. Unter dem Zwange dieser wirtschaftlichen Voraussetzungen stehen die Menschen aber auch unbewußt, denn und darauf weist Fehlinger in einer Arbeit in der „Zeitschrift für soziale Hygiene“ hin, das Auf und Ab der Geburtenziffer stimmt von Beginn bis fast zum Ende des 19. Jahrhunderts in der Hauptsache mit der Preisbewegung überein. Die erste Voraussetzung zu einem wachsenden, gesunden Volke ist darum gesunde wirtschaftliche Boden, und es ist künstlich, einen Geburtenreichtum zu fördern, ehe die soziale, wirtschaftliche Voraussetzung dafür vorhanden ist.

**Vorwärts auf dem Wege zur Sozialisierung des Heilwesens.** Die Ortskrankenkasse Speier, die die Familienversicherung eingeführt hat und dadurch für rund zwei Drittel der Speierer Bevölkerung im Krankheitsfalle die Fürsorge zu übernehmen hat

ht im vollgesundheitlichen Interesse nach einem zweckdien-  
gen System der Gemeinschaftsarbeit mit den Apotheken. In  
der Aussprache zwischen den Klassenvertretern und den Apothekern  
des Bezirks Speier wurden u. a. folgende Grundsätze einstimmig  
abgegeben: Die Apotheker schließen sich zu einer Apotheken-Be-  
triebsgemeinschaft zusammen. Die Mitarbeit der Ärzte wird  
erforderlich. Das Ganze wird wie ein Gesamtbetrieb geleitet.  
Die einzelnen Apothekenbesitzer bleiben als Konzessionar-Apo-  
theker in ihren Rechten und Pflichten. Die Finanzierung ge-  
hört durch die Ortskrankenkasse. Falls die Apotheken, Antwo-  
sen in den Besitz der Krankenkasse übergehen, werden sie als deren  
Eigentum verwaltet. Die Apothekenbesitzer erhalten als Ablösung  
den Betrag der seinerzeitigen Erwerbskosten bar ausgezahlt. Sie  
bleiben freiwillig und auf Lebensdauer im Dienst, werden wie lei-  
dende Beamte der Kasse mit einem festen Gehalt und Anspruch  
auf Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung besoldet und  
empfangen eine Rentabilitätsprämie aus Umsatz und Reingewinn.

**Die Unfallursache.** Die Unfälle in der Glasindustrie, über  
den Bericht der Glasberufsgenossenschaft für 1919 zahlenmäßig  
richtig, beweisen uns, daß die Schuld der Unfälle nur im ganz  
engen Maße bei den Arbeitern liegt. Nur 0,5 Proz. der Unfälle  
entstand durch leichtsinniges Handeln der Arbeiter entgegen den  
Anweisungen. Etwas höher, nämlich 2,5 Proz., war der  
Anteil der Unglücksfälle, die durch die Schuld von Mitarbeitern  
entstanden waren. Dagegen verunglückten allein durch die Gefahr  
des Betriebes an sich 27,5 Proz. der Arbeiter, und das wahrschein-  
lich, weil der Arbeiterschutz diesen Gefahren nicht genügend Rech-  
nung trug.

**Jugend und Unfall.** In welcher Weise die Jugendlichen im  
modernen Arbeitsleben gesundheitlich gefährdet sind, beweist uns  
der Jahresbericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, der  
folgende statistische Angaben bringt: Von den Unfällen entfallen  
auf 2 Proz. auf Jugendliche unter 16 Jahren, von den an Maschinen  
entfallenden Unfälle 16,9 Proz. Auf Jugendliche bis zu 17 Jahren  
entfallen 22,4 Proz., von den Unfällen durch Maschinen 26,5 Proz.  
So mehr als ein Viertel der an Maschinen Verletzten waren Ju-  
gendliche unter 17 Jahren. Und 24 Proz. von den durch Maschinen  
erlittenen so schwere Verletzungen, daß sie dauernden  
Schaden davontrugen, bzw. mit Unfallrente entschädigt werden  
mußten. Diese Zahlen zeigen uns, wie mangelhaft der Arbeiterschutz  
noch ausgestaltet ist. Sie zeigen aber auch, wie rentabel  
ein vollendeter Schutz sein würde und wie kurzichtig das kapita-  
listische Unternehmertum ist, das immer und immer wieder seine  
Rentabilitätsberechnungen dem kämpfenden Proletariat vorenthält.

**Der Wert der Betriebsräte.** Die neuesten Berichte der öster-  
reichischen Gewerbeinspektoren sprechen sich über die Betriebsräte  
zurückhaltend aus. Dennoch können sie es nicht unterlassen, zu  
betonen, „daß die Betriebsräte den Aufsichtsbeamten wertvolle An-  
gaben brachten, daß sich die Aufsichtstätigkeit vertiefte, freilich  
auch — eine natürliche und notwendige Folge — daß die für einen  
Betrieb aufzuwendende Zeit bedeutend verlängert werden mußte.“  
Der Spezialinspektor für Bauten begrüßt die Mitwirkung der Be-  
triebsräte bei der Ueberwachung der schußtechnischen Vorkehrungen  
an Bauten als besonders wertvoll im Hinblick auf die fortwähren-  
den Veränderungen des Bauzustandes.

#### Freigewerkschaftlicher Wahlerfolg in Bonn.

Bei der Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer in Bonn a. Rh.  
am 13. März erhielt die Liste des Ortsausschusses des U. D. G.-B.  
70 Stimmen und 12 Beisitzer. Die Liste der christlichen Ge-  
werkschaften erhielt 1637 Stimmen und 4 Beisitzer, die Hirsch-  
undersche Liste 169 Stimmen, aber keinen Beisitzer. Die dies-  
malige Wahl war die Quittung für den Rechtsbruch, der bei den  
früheren Wahlen an der freigeordneten Arbeiterchaft verübt  
worden ist. Bei der Einführung des Verhältniswahlsystems hatte  
man das Verhältniswahlsystem nur im Stadtkreis, wo die freien  
Gewerkschaften schon 1912 die Mehrheit hatten, als solches wirken  
lassen. Im Landkreis jedoch, der nur über eine geringe Wähler-  
zahl verfügte, ließ man es durch Einführung kleiner selbständiger  
Wahlbezirke als Mehrheitswahlsystem wirken. Dadurch hatte  
man die freien Gewerkschaften benachteiligt. Sie erhielten trotz  
der Verhältniswahl nicht den ihnen zustehenden Einfluß am Ge-  
werbegericht.

#### Versammlungsberichte.

**Walden.** Die Versammlung hielt am 24. März ihre gutbesuchte Monats-  
versammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Betriebsrates. 2. Das  
neue Lohnabkommen. 3. Betriebskrankenkasse. 4. Anträge und Ver-  
schiedenes. Aus den Ausführungen über Punkt 1 war zu ersehen, daß für  
den Betrieb die Messe nicht erfolgreich war und als Folge die Arbeits-  
losigkeit von bisher 3 auf 1 Tage rechnet werden muß. Erfolgen nicht un-  
günstigere Bestimmungen, so ist in einigen Wochen mit einer weiteren Ein-

Schränkung zu rechnen. Die Arbeiterschaft merkt nicht, daß die poli-  
tische und wirtschaftliche Unsicherheit viel zur bestehenden Krise beiträgt;  
sie ist sich aber auch klar darüber, daß der Unternehmerring mit seiner  
profitstüchtigen Preisgestaltung die ganze Konjunktion schon beinahe er-  
drockelt hat. Ein Preisabbau sei wieder einmal in Aussicht; den Fab-  
rikanten wird empfohlen, nichts auf Lager arbeiten zu lassen, also —  
bremst! Die Kunden werden dann schon wieder müde und vielleicht die  
Arbeiter auch, wird man sich denken. Eine Bilanz wurde dem Betriebs-  
rat nicht unterbreitet, doch genügt ja die des Konzerns vollkommen, um  
sich ein richtiges Bild über die „Verluste“, wovon man gern sprach, geben  
zu können.

Zu Punkt 2: Das Lohnabkommen wurde entsprechend beurteilt.  
Doch wäre es an die falsche Adresse gerichtet, wollten wir die diesseitigen  
Verhandlungsteilnehmer kritisieren; der Kampf, den diese zu bestehen haben,  
ist nach der wirtschaftlichen Lage schärfer und muß vorläufig sein, je nach  
unserer Konjunktur. Begrüßt werden die Forderungen des U. D. G.-B.  
vom 26. Februar. Um diese Forderungen zu erwirken, wäre es Zeit, zu  
erwägen, ob nicht andere, bisher gewerkschaftlich verpönte Altschmittel er-  
folgsversprechender wären als Teilstreiks. Die Arbeiterschaft ist auf die  
schlechte Ebene gedrängt, das Elend nimmt zu, Notwehr ist geboten.

Zu Punkt 3: Die Betriebskrankenkasse, welche bereits Familien-  
hilfe gewährt, soll noch mehr ausgebaut werden; eine Erhöhung der Unter-  
stützungen auf 75 Proz. des Verdienstes wird beantragt, bevor einer Er-  
niedrigung der Beitragsleistung von 6 auf 4 1/2 Proz. (laut Firma-Antrag)  
zugestimmt wird. Der Ausschuss hat die Vorschläge durchuberaten.

Zu Punkt 4 gelangte u. a. mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der  
technische Praktikant, Herr Ed. Hofmann von hier, auf unsere Forderung  
hin auch sofort aus dem Betriebe entlassen wurde. Herr Ed. Hofmann,  
29 Jahre alt, war seinerzeit an dem unruhlich bekanntgewordenen Theater-  
skandal beteiligt und erhielt hierfür 3 Monate Gefängnis mit Bewährungs-  
frist. Herr Hofmann wird nun eine andere Meinung von den Arbeitern  
bekommen haben, nachdem er einige Monate bereits unter diesen, wohl-  
geduldet, weilte, bis — eben die Verhandlung seine Schuld unzweifel-  
haft erwies. — Nachdem der Vorsitzende R. Pflieger noch auf die große  
Wichtigkeit des Besuches der Betriebsrätekurse hingewiesen hatte, schloß  
dieser die Versammlung mit einem Appell an die Arbeiterschaft,  
kräftig zusammenzuarbeiten, damit sie den diesjährigen schweren Kampf mit  
dem Unternehmertum erfolgreich begehren werde.

**Schmiedeberg i. R.** In der zum 2. April festgesetzten Mitglieder-  
versammlung der hiesigen Porzellanarbeiterschaft stand als Hauptpunkt auf  
der Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen. Unser Gauleiter,  
Kollege Griebach, erstattete in ausführlicher Weise Bericht über die vom  
17. bis 19. März in Dresden stattgefundenen Verhandlungen über ein neues  
Lohnabkommen. In der sich anschließenden Diskussion erkannten wohl die  
Mitglieder den schwierigen Stand unserer Vertreter an, denen es gelang,  
die bisherigen Lohnverhältnisse bis 30. Juni d. J. zu erhalten, trotz der  
strikten Abbauforderungen der Arbeitgeber. Gegen den geplanten Lohn-  
abbau der Unternehmer wurde von der hiesigen Kollegenschaft infolge der  
sich immer ungünstiger gestaltenden Verhältnisse, durch Verteuerung der  
wichtigsten rationierten Lebensmittel, die im Vergleich zu unseren Löhnen  
noch hoch im Preise stehen, ganz energisch Protest erhoben. Hinzu kommt,  
daß auch die hiesige Kollegenschaft unter Kurzarbeit zu leiden hat und gar  
nicht in der Lage ist, zur Restauration ihres Körpers (äußer- und innerlich)  
über das Allernotwendigste hinauszugehen. Die augenblickliche starke Wirt-  
schaftskrise in der Exportindustrie, zu der auch unsere Betriebe gehören,  
läßt wiederum die Erscheinung zutage treten, daß gerade die Arbeiterschaft  
allein die Zehe für die Kriegsfolgen tragen soll. Die Sanktionen der Entente  
werden systematisch in ihren Wirkungen auf die Arbeiterschaft ab-  
gewälzt. Durch die Forderung der Entente, der 50 prozentigen Zoll-  
beschlagnahme für die ausgeführten Waren, wird die weitere Produktion  
unmöglich und erzeugt Kurzarbeit und Betriebsstillegungen. Die Gewinne  
der Unternehmer in unserer Industrie, auch im verflochtenen Geschäftsjahre,  
ergeben beträchtliche Ueberschüsse. Beweis: Rosenthal-Selb, Rahlakonzern.  
Die Reserven des vereinigten Unternehmertums müssen herangezogen wer-  
den, um gerade die Arbeiterschaft über die augenblickliche Situation hinweg-  
zuhelfen. Auch die Regierung hätte die Pflicht, bei Errichtung der Zoll-  
grenze und der dadurch bedingten Exportunmöglichkeit die Arbeiterschaft  
gegen die teilweise oder gänzliche Erwerbslosigkeit nach den Vorschlägen  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes finanziell zu entschädigen.  
Die hiesige Belegschaft ist sich bewußt, daß bei ernster Prüfung der Lage  
nicht an Stilllegung gedacht werden kann. Sie erkennt die wahre Tendenz  
der Arbeitgeber dahingehend, mit aller Gewalt einen Lohnsturz herbei-  
zuführen, trotzdem ein geringer Lohnabbau gar nicht imstande ist, die Fertig-  
produktion nennenswert im Preise zu senken. Alles dieses erfordert noch  
mehr Lebendigkeit in unseren Reihen, um hinter unserer Führerschaft in  
ihren berechtigten Kämpfen für unsere Existenzmöglichkeit noch strammer  
und fester zu stehen als bisher. Nach Erledigung der örtlichen Angelegen-  
heiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

#### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 2. Heft vom 2. Band des  
39. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:  
Grubenverstaubung und Arbeiterbewegung in Eng-land. Von Max  
Schippel. — Die Wirtschaftsprobleme der proletarischen Diktatur. Von  
Dr. Elias Hurwitz. — Freie Bodenwirtschaft und Wohnungswesen. Von  
W. Guske. I. — Zu Charles Baudelaires Gedächtnis. Von J. Kliche, und  
anderes mehr. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch  
alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19,50  
Mark für das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post  
nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk.  
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 7. Nummer des 38. Jahr-  
ganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 Pf. Probenummern  
sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in  
Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

#### Dank.

Für die mir beim Ableben meines Mannes zuteil gewordene Unter-  
stützung spreche ich der Zeitschrift Schmiedeberg meinen herzlichsten Dank aus.  
Anna Jahn.

## Nächtung, Zahlstellenkassierer!

Es haben bisher von 169 Zahlstellen erst zirka 50 die neuen Unterkassiererbücher bestellt. Ich mache deshalb die Zahlstellenkassierer nochmals auf die diesbezügliche Bekanntmachung in Nr. 13 der „Ameise“ aufmerksam.  
Wilh. Herden.

## Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.  
Annaburg. Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ (Chielemann).  
Arzberg. Samstag, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im Konsumsaal.  
Wichtige Tagesordnung.  
Berlin-Charlottenburg. Mittwoch, den 20. April, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Porzellanmanufaktur, Wegeßstraße. Station: Stadtbahnhof Tiergarten. **Vortrag.**  
— Schildermaler. Sonnabend, den 16. April, nachmittags 2 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.  
Wonn. Sonnabend, den 16. April, abends 7 Uhr, in den „Phönixhalle“, Kölnstr. 17.

Berlin-Charlottenburg. Die Schildermaler machen am Himmelfahrtstag, den 5. Mai, eine Herrenpartie. 6.34 (7.04) ab Schlesischer Bahnhof. 8 Uhr Abmarsch vom Bahnhof Erkner, am Flakensee entlang nach Woltersdorf. Dort Frühstück im Gasthaus Appel. Um 10 Uhr Besichtigung der Filmstadt Woltersdorf. Folgt Marsch nach Ralkberge, Rast am Höhenufer des Sees im Ralkbruch bis 1 Uhr mit Fidelitas. Mittag im Gesellschaftshaus „Glückauf“, Besitzer Henry Gnash in Ralkberge. Portion Essen 10—12 Mk. Im Anschluß allerlei Gemütlichkeit, auch Scheibenschießen im Lokal. Aufbruch gegen 7 Uhr (7).  
Kollegen, die durch irgendwelche Einlagen den Tag verschönern helfen wollen, bitte ich um Rücksprache in unserer Branchen- und Zahlstellenversammlung. Ich bin auch jeden Montag im Bureau zu haben.  
Um rege Teilnahme bittet  
Artur Bräuer.

## Adressen-Änderungen.

Brambach l. Vogtland. Vorsitzender: Wemel Pfortner, Glüher, Fort 163 o. Schriftführer: Christian Hämil, Stanzer, Flegelgasse. Kassierer: Johann Hausner, Stanzer, Nr. 149.  
Peterwitz b. Frankenstein i. Schles. Vorsitzender: Richard Abend.  
Staffel a. d. Lahn. Vorsitzender: Alex. Kalowsky, Maler, Elz, Langgasse 46. Vertrauensmann: Reinh. Köffel, Packer, Koblenzerstraße.  
Wetten l. d. Mark. Revisoren: Gustav Rablau, Dreher, Verbindungsweg 10; Otto Wolf, Dreher, Wilhelmstr. 1 a.

## Sterbetafel.

Frauenth. Louis Meyer, Maler, geboren am 12. April 1853, gestorben am 3. April an der Grippe. Mitglied seit 1918.  
Hohenberg a. d. Eger. Karl Jahn, Dreher, geboren am 11. Juni 1883, gestorben am 1. April an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.  
Hörschädt. Max Seifert, Packer, geboren am 17. Oktober 1860, gestorben am 30. März an Rheumatismus. Mitglied seit 1918.  
Margarethenhütte. Gustav Heinke, Brenner, geboren am 19. Oktober 1880, gestorben am 18. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.  
Schramberg. Robert Schmied, Dreher, geboren am 30. Mai 1850, gestorben am 25. März an Asthma. Mitglied seit 1918.  
Stadtlengsfeld. Wilhelm Roder, Brenner, geboren am 13. November 1878, gestorben am 20. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1920.  
Zell a. S. Wilhelm Herrmann, Dreher, geboren am 29. Dezember 1859, gestorben am 23. März an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1886.

Ehre ihrem Andenken!

## Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter beizubehalten.

Porzellanfabrik der technischen Branche sucht der sofort einen geübten Schleifer zum Einbohren von Hähnen und Nüssen. Stellung angenehm und dauernd. Wegen Wohnungsmangel ledige bevorzugt. Offerten unter „B. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Züchtiger Schleifer für sofort gesucht.  
Porzellan-Manufaktur „Union“, Edm. Osiß, Kleinembach (S.-B.).

Scheibensmoller und Einrichter für Gebrauchsgeschirr und Luxusgegenstände, perfekt im Abgießen und Einrichten, sucht gut bezahlte, dauernde Stellung. Offerte liegen zur Verfügung. Offertbriefe unter „Scheibensmoller“ an die Redaktion der „Ameise“.

Echte Schmelzwerker gesucht. Dauernde Arbeit — hoher Lohn. Offerte nur auf perfekte Spezialarbeiter.  
Wagner & Dietmann, Bremen, Westertstr. 96.

Geübter Porzellanmaler für sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften an Porzellan-Manufaktur „Union“, Edm. Osiß, Kleinembach, S.-B.

Zum sofortigen Eintritt werden einige tüchtige, ledige Steingutdreher für Teller, Tassen, Saßgeschäfte, Krampen usw., sowie Glaser gesucht. Angebote, möglichst mit Zeugnisabschriften, erbeten unter Chiffre „Sch. 5“.

## Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu  
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

## Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Aelteres Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft  
M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.  
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Dr. Max Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Güttenmacher — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickau. — Recht vorteilhaft kauft Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel i. d. Straße u. Haus. Zur Schuhe. Säme. Lederschuhwaren in nur guten Qualität, billigst. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabat.  
A. Klese, Schuhverwand u. Pantoffelfabrik, Weiskasser (D.-L.).

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimesser, Hornspachteln, Holzspachteln für Dreh- u. u. Pinselstiele liefert  
Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

## Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-N., Wölnisch-Platz 17.

## Bremer Zigarren

liefere trotz der Steuererhöhung noch mit Rabatt und verstehen sich meine Preise inkl. 100 Stück 78, 100 und 120 Mk. — Nordhäuser Kaufab 15 Rollen 25,50 Mk. franko. Mehrabnahme Sonderpreise.  
Unverfal-Verband Ed. Petermann, Hermsdorf, S.-B.

## Für Kenner!

## Brasil-Waldler-Schmalzler

nur I. Qualität, per Pfund 30 Mk., mit Packungen von 100 Gramm liefere gegen Nachnahme. Wiederverkäufer Rabatt.  
Hugo Peter, Brasiltabakfabrik, Franenau, Bayer. Wald.

## CHRISTOP SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



## Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner- und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf

Offerierte Zymocca-Levantiner Schwämme zu 4, 11, 18, 25, 28, und 50 Mk. per Stück für Dreher, Glazur, Brennerei, Druckerei; Hardheadschwämme, runde glatte Form, kleine 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 und 650 Mk.; gepresste mittlere flache Hardheadschwämme, das 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; große gepresste prima Hardheadschwämme das 40 Stück enthaltend, für Steingutfabriken, 350 Mk.; edle hohe Pferdebeschwämme, kleine 6 Mk., mittlere 18 Mk., große 30 bis 50 pro Stück. Abgabe nur in ganzen kleineren und größeren Posten.

H. Michelson, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 10.

## Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Erg.  
1898  
Beste  
Belien.



Gold,  
Platin,  
Silber,  
preis  
auf  
Antrag

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 1  
Druck von E. Janissen & Co., Berlin SW., Elisabeth-Ufer 23